

Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial



SYLVIA LAFRANCHI-HAAS, BERN

Jetzt erst recht!

Begonnen hat alles mit einem Artikel über das Offroad-Fahren in der Sonntagszeitung. Dass Links-extreme dermassen zerknirscht und humorlos sein können, war mir vorher nicht bewusst und all die Drohungen von ihnen waren schlimm. So hat man in dunklen Zeiten Andersdenkende auch eingeschüchtert. Bei mir hat es das Gegenteil bewirkt. Ich sagte mir: «Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt.» In Bern herrscht eine verkehrte Verkehrspolitik mit ätzenden Pollern, Zickzackparkplätzen im Quartier, horrenden Parkhaus- und Parkkartengebühren und Permanenttröte an den Ampeln. Der Bürger wird gezwungen, den überfüllten öffentlichen Verkehr zu benützen und wer nicht Velo fährt, kriegt zur Krönung Morddrohungen. Um ein Gegenzeichen zu setzen, kandidiere ich am 30. November 2008 in Bern für den Stadtrat und mache künftig bei PRO LIBERTATE aktiv mit, um mich zu wehren und mich gegen Bevormundungen einzusetzen.

Hanfinitiative und revidiertes Betäubungsmittelgesetz: **2x NEIN**

Drogensucht bekämpfen – nicht verwalten

DR. JEAN DUNANT, NATIONALRAT BASEL

Am 30. November 2008 stimmt das Schweizer Volk über die Hanf-Initiative und über das revidierte Betäubungsmittelgesetz ab. Sowohl die Volksinitiative zur Aufhebung des Cannabisverbots als auch die Revision des Betäubungsmittelgesetzes sollten entschieden abgelehnt werden.

Zerstörerische Wirkungen

Beide Vorlagen sind von einer Politik geprägt, die Drogen verharmlost und Drogensucht verwaltet, statt bekämpft. Obwohl die zerstörerischen Wirkungen der Drogen seit Jahren bekannt sind, resigniert der Staat und arrangiert sich mit den bestehenden Zuständen. Wir müssen feststellen, dass diese Laisser-Faire-Politik dem guten Ruf der Schweiz schadet. Weltweit ist die Schweiz bekannt als Exportland insbesondere von Cannabisprodukten und als Land, in dem alle Arten von Drogen gehandelt und konsumiert werden können, ohne dass die Behörden konsequent einschreiten. Dass Tausende von Drogensüchtigen vom Staat mit ihrem Stoff versorgt werden und dabei gar noch auf ernsthafte Anstrengungen zum Wegkommen von der Sucht verzichtet wird, ist in anderen Ländern schlicht undenkbar.

Der internationale Suchtkontrollrat hat festgehalten, dass das Bereitstellen von Räumen für den Konsum von Drogen in jedem Fall gegen internationale Abkommen verstösst. Der gleiche Kontrollrat fordert die Schweizer Regierung auf, jede

Gesetzesänderung in Übereinstimmung mit den Verträgen über Drogen vorzunehmen.

Gegen Schlupflöcher

Drogenhandel, Drogenabgabe und Drogenkonsum müssen konsequent und ohne gesetzliche Schlupflöcher verboten und die abstinenzorientierte Therapie gefördert werden. Auch als Arzt rufe ich deshalb die Schweizerinnen und Schweizer mit Nachdruck auf, am 30. November zu beiden Vorlagen ein überzeugtes Nein in die Urne zu legen.

In dieser Ausgabe

- 2** «Was ist eigentlich los mit der Armee – oder mit ihrer Führung?»
- 3** Finanzkrise und Subprime-Politiker
- 3** Mehr Arbeitsplätze, weniger Bürokratie
- 4** Schliessung und Verkauf der Reitschule!
- 5** Wirtschaft sagt nein zur AHV-Initiative
- 6** Die Herbstexkursion von PRO LIBERTATE
- 7** Totengräber der Demokratie stoppen: Nein am 8. Februar 2009!
- 7** Live-Bericht aus der Rekrutenschule
- 8** PRO LIBERTATE-Schlusspunkt



«Was ist eigentlich los mit der Armee – oder mit ihrer Führung?»

Zweiter Teil!

DOMINIQUE BRUNNER,
OBERST I GST A.D.

2
3

Der erste Teil erschien in den «PRO LIBERTATE-Mitteilungen», im September 2004. Er beklagte die Turbulenzen, in die das Projekt «Armee XXI», kaum von Parlament und Souverän (d.h. vom Volk in der Referendumsabstimmung Mai 2003) gebilligt, geraten war. Man musste sich damals der Fairness halber darüber Rechenschaft ablegen, dass es sich bei dieser «Armee XXI» um eine tiefgreifende Reorganisation der Armee handelte, der gewichtigsten seit 1907 oder 1874, dass also Anfangsschwierigkeiten nicht überraschen konnten. Dennoch musste es zum Aufsehen mahnen, dass der zuständige Departementschef, wie ich mich damals ausdrückte, «plötzlich eine Debatte über die allgemeine Wehrpflicht und damit die Milizarmee vom Zaun bricht. Ausser unbedarften sozialistischen Vorstössen sowie Manifestationen der Wehleidigkeitsgesellschaft... gibt es a priori keinen Grund, eine erregte Diskussion über unsere Wehrform höchstinstanzlich loszutreten... Zweimal hat sich der Souverän zur Frage verbindlich geäussert, ob die Armee abzuschaffen sei, was er verneinte; er stimmte der Beschaffung von 34 F/A-18 zu, indem er eine linke, staatsrechtlich fragwürdige Initiative verwarf; er lehnte die SP-Initiative auf Halbierung der Militärausgaben vor erst vier Jahren eindeutig ab; er nahm dreimal in bejahendem Sinn Stellung zu Änderungen des Militärgesetzes. Was ist denn los?... Dem allem zugrunde liegt primär eine Ursache: Die Wortbrüchigkeit der zwei vorgenannten Instanzen (Bundesrat und Parlament), die zunächst mit klaren Mehrheiten die linke «Umverteilungsinitiative» zur Ablehnung empfehlen und dann ungerührt am militärischen Ast zu sägen fortfahren. Die Verteidigung hat von 1990 bis 2001 zwei Jahresbudgets eingespart; im Rahmen der aktuellen Abstriche wurden noch eine Milliarde weggenommen». Was auf der Hand lag und wir und viele andere vor vier Jahr unmissverständlich forderten: «die Abbrucharbeit an der Armee sofort zu beenden» ist missachtet worden. Der so genannte Entwicklungsschritt, der in der Fassung von VBS und Bundesrat die Kampfkraft im Sinn der Fähigkeit zum Gefecht der ver-

bundenen Waffen, «le combat inter-arme» (was wir in der Armee 61 beherrschten), auf die Stärke, grob gesprochen, einer Brigade reduzierte, ist glücklicherweise auf den Widerstand des Ständerates gestossen. Das hat immerhin eine Korrektur zur Folge gehabt. Die eigentliche Irreführung der Armeeeingehörenden und des Volkes in Bezug auf die Aufwuchsfähigkeit der Armee illustriert das erbärmliche Versagen der Führung. Das war das Argument der Rechtfertigung des massiven Abbaus der Armee im Zeichen der Neuorganisation: diese Armee sei im Bedarfsfall eben «aufwuchsfähig». Vor zwei Jahren sickerten horrende Angaben in die Öffentlichkeit: Um einer ernstesten Gefahr gewachsen zu sein, seien Jahre, rund acht, und viele Milliarden erforderlich... Dabei hat es nach der Auflösung des sowjetischen Imperiums nicht an mahnenden Stimmen und ernstzunehmenden Indizien gefehlt: Der Bürgerkrieg im Balkan; der erste Irakkrieg (kraft Beschlüssen der UNO), unter amerikanischer Führung zur Befreiung von Kuwait; Massaker in Afrika; kriegerische Auseinandersetzungen in Randgebieten Russlands. Überfall von Islamisten auf die USA und der folgende Feldzug zur Verjagung der Taliban aus Afghanistan, der nicht zur dauerhaften Befriedung des weiträumigen Landes geführt hat, namentlich wegen ungenügender Truppenpräsenz. Der zweite Irakkrieg, der wegen des überstürzten Abzuges von wesentlicher Truppenstärke bald zu Anar-

chie geführt hat; und in jüngster Zeit der Rückkehr der russischen Machtelite zu den von den Zaren bis zu den Kommunisten gewohnten Prozeduren der innenpolitischen Verhärtung und der Einschüchterung der Nachbarn und militärischen Aufrüstung! Der Konflikt in Georgien im letzten August ist nur die neueste Manifestation der russischen Sehnsucht nach Dominanz. Wie schrieb doch Henry Kissinger in «Diplomacy»: «Constantly at war and expanding in every direction, it nevertheless consideret itself permanently threatened.» Der Beweis für das Wort von Napoleon: «La nature ne fait pas de sauts». Die Leichtfertigen und viele Politiker haben die Lage in den Jahren des Umbruchs 1989 bis 1991 falsch beurteilt!

Es ist höchste Zeit, dass die Schweizerische Politik in Sachen Verteidigung wieder zur Besinnung kommt. Die Armee benötigt dringend die 2001 vom Bundesrat beschlossenen 4,3 Milliarden jährlich, die vom selben Bundesrat ein Jahr später und in den folgenden Jahren willkürlich reduziert wurden. Das schuldet die Politik nicht zuletzt den jungen Angehörigen der Armee, die mir von einem jungen Kommandanten der Infanterie, den ich beurteilen kann, wie folgt geschildert werden: «Ausbildungsstand und Motivation der aktiven Mannschaft und Kader sind auf hohem Niveau. Auch das neue Ausbildungssystem der Armee XXI trägt trotz Anfangsschwierigkeiten Früchte».



Finanzkrise und Subprime-Politiker



PATRICK FREUDIGER,
STADTRAT LANGENTHAL

E-Mail: p.freudiger@besonet.ch

«Äussere Krisen bedeuten die grosse Chance, sich zu besinnen», sagte der österreichische Neurologe Viktor Frankl. Das gilt auch für die gegenwärtige Finanzkrise. Die Bürger sind wieder skeptischer geworden gegenüber den Heilsbotschaften der Managerklasse. Ein Ja zum Osthilfegesetz wäre heute wohl kaum mehr möglich. Jedoch läuft die Besinnung derzeit recht einseitig ab. Die Marktwirtschaft muss (wieder einmal) für Fehler geradestehen, die sie nicht allein verschuldet hat.

1977 erliess das US-Parlament den «Community Reinvestment Act» (CRA). Die Politik wollte damit auch ärmeren Schichten und insbesondere ethnischen Minderheiten ermöglichen, durch eine Lockerung der Standards bei Hypothekenvergaben Hausbesitzer zu werden. Subprime-Kredit (dt.: zweitklassig) war das Zauberwort. American Dreams mit staatlichen Krücken sozusagen.

Studien «förderten» nämlich zu Tage, dass ethnische Minderheiten bei Hypothekarkrediten diskriminiert würden. In Tat und Wahrheit war bei diesen Schuldnern aber einfach das Ausfallrisiko höher. Die Banken wurden nun gedrängt, in Samichlaus-Manier Hypotheken zu gewähren. Aufgrund einer Verschärfung des CRA im Jahr 1995 erhöhten die Banken die Anzahl Hypotheken an Personen mit tiefem bzw. mässigem Einkommen um 80%. Antidiskriminierungs-Kampfruppen wie ACORN oder das Greenlining Institute halfen im Notfall etwas nach. Welche Hypothekenbank will sich schon in der Öffentlichkeit von der Gutmenschen-SS ihren Ruf ruinieren lassen?

Besonders schwer lastete der Druck zur politisch korrekten Kreditvergabe auf den Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac. Denn die Gesellschaften waren formell privat, aber die Politik behielt massgeblich

chen, ungesunden Einfluss. Die US-Bundesbau- und Wohnungsbehörde (HUD) z.B. verlangte von den beiden Gesellschaften für das Jahr 2008, dass 28% der Hypothekenausleihungen Kredite für speziell ansprechende Personen sein müssen. Insbesondere seien diese Spezialkredite für Schuldner mit Einkommen vorzusehen, welche 60 und mehr Prozente unter dem Durchschnitt der jeweiligen Branche/Region liegen würden.

Solange die Immobilienwerte stiegen und sich niemand um den realen Gegenwert der Hypotheken kümmerte, ging die Wohlfühl-Gesellschaft ihren Weg.

Aber einmal war Schluss mit Rechtsansprüchen für American Dreams. Der US-Ökonom Stan Liebowitz führt die Subprime-Krise direkt auf diese Antidiskriminierungspolitik zurück. Laut dem US-Kongressabgeordneten Ron Paul zwang der CRA die Banken, Hypotheken an Personen zu vergeben, die unter normalen (marktwirtschaftlichen) Umständen nie kreditwürdig gewesen wären.

Die (durch die Subprime-Krise ausgelöste) Finanzkrise ist auch ein Politikversagen. Eine weitere Kapitulation des Versuchs, die egalitäre, diskriminierungsfreie Gesellschaft

vom Reissbrett aus zu formen. Subprime-Politiker sind zweitklassig im wahrsten Sinne des Wortes.

Aber trotz zweitklassiger Politik kann man erstklassig austeilen. Ironischerweise predigen gerade Antidiskriminierungs-Politiker am lautesten das Ende des angeblichen Neoliberalismus. Die hiesigen Grünen («gegen jegliche Ausgrenzung und Diskriminierung») etwa stehen in antikapitalistischer Gefechtsbereitschaft: «Die Finanzregulierung muss dem Primat der Politik unterstellt werden, es braucht jetzt regulierende Eingriffe der Politik ins Finanzsystem.» Dann folgen Rufe nach mehr Staatsgeldern für erneuerbare Energien sowie nach höheren Steuern: Ein erstaunliches Selbstvertrauen für eine Partei, deren politische Maxime gerade eine weltweite Krise mit verursacht haben. Wie selbstverständlich ist der «globale Finanzkapitalismus» alleine Schuld, wenn Finanzinstitute unter dem Druck fauler Kredite für angebliche Diskriminierungsopfer zugrunde gehen. Die Subprime-Politiker haben sich derweil aus der Verantwortung ausgeklinkt und dürfen weiterhin zweitklassige Politik machen.

Das Gewerbe steht voll hinter der Volksinitiative zum Verbandsbeschwerderecht und empfiehlt ein JA

Mehr Arbeitsplätze, weniger Bürokratie



NATIONALRAT EDI ENGELBERGER,
PRÄSIDENT DES SCHWEIZERISCHEN
GEWERBEVERBANDES

Am 30. November 2008 interessiert die gewerbliche Wirtschaft eine Vorlage ganz besonders: Die Volksinitiative zum Verbandsbeschwerderecht. Missbräuche und blockierte Projekte in Milliardenhöhe haben zum vorliegenden Volksbegehren geführt.

Die Hauptforderung der Initiative ist einfach und klar: Bauvorhaben, die vom Volk oder von einem Parlament demokratisch gutgeheissen worden sind, sollen nicht von privaten Verbänden im Nachhinein blockiert oder ganz verhindert werden können. Die Initiative will verhindern, dass Bauvorhaben in der Schweiz weiterhin mit juristischen Winkelzügen der grünen Verbände jahrelang verzögert werden. Das schadet unserer Wirtschaft massiv. Gesamtschweizerisch sind wegen der Verbandsbeschwerde Investitionen in Milliardenhöhe blockiert, wie eine Studie von Avenir Suisse beweist.

Die Zeiten ändern sich

Die Initiative will die Demokratie und die Rechtssicherheit stärken. Das Verbandsbeschwerderecht ist nämlich ein Sonderrecht. Als es vor

vier Jahrzehnten eingeführt wurde, steckte das Umweltrecht noch in den Kinderschuhen. Seither sind aber die Gesetze und Verordnungen stark ausgebaut worden. Die staatlichen Behörden verfügen im Gegensatz zu früher über das notwendige Personal und die Instrumentarien, um das komplexe Umweltrecht durchsetzen zu können.

Seit der Einführung der Verbandsbeschwerde im Umweltschutzgesetz vor gut 20 Jahren hat sich deren Einsatz vom Land in die Städte und Agglomerationen verlagert. Sie hat sich dort zu einem Instrument der Baubehinderung fehlentwickelt. Umweltverbände greifen massiv in die Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik ein. Sie massen sich quasi behördliche Befugnisse an.

Vorgaben für städtische Verkehrspolitik

Investoren und Bauherren sind heute bei Grossprojekten blockiert wenn sie nicht mit dem Verkehrsclub Parkplatzzahlen und Fahrtenmodelle aushandeln, die dann in Baubewilligungen übernommen werden. Mit dem Druckmittel der Verbandsbeschwerde wurden in der Verkehrspolitik in Städten vollendete Tatsachen geschaffen, ohne dass die heute üblichen Massnahmen ihre Tauglichkeit bewiesen haben. So gibt es weder für Parkplatzbeschränkungen noch für die immer öfter vorgeschriebenen Fahrtenmodelle zur Begrenzung des Privatverkehrs in der Praxis einen Nachweis für deren Zweckmässigkeit. Beim neuen Zürcher Einkaufszentrum Sihlcity, wo die motorisierten Besucher solchen Beschränkungen ausgesetzt sind, zeigt sich bereits, was leicht vorauszusehen war: die Kunden kommen trotzdem mit dem Auto und parkieren in den umliegenden Quartieren.

Die Initiative verdient die volle Unterstützung aus Kreisen der gewerblichen Wirtschaft. Denn sie hilft mit, Arbeitsplätze zu schaffen. Durch die blockierten oder verhinderten Investitionen konnten über die Jahre hunderte, wenn nicht tausende Arbeitsplätze nicht geschaffen werden. Zum Schaden unserer Volkswirtschaft, zum Schaden auch des Gewerbes.

Umdenken in der Wirtschaft

Die Wirtschaft, insbesondere die gewerbliche, ist heute für Umweltfragen sensibilisiert. Sie hat längst verstanden, dass ohne nachhaltiges Handeln auch in Umweltfragen keine bleibende Wertschöpfung und

Imagesteigerung mehr möglich ist. Die Unternehmen befinden sich teils im Wettstreit darüber, welcher Betrieb ökologischer baut und sich im Sinne des Umweltschutzes innovativer entwickelt. Sie informieren entsprechend bereitwillig, kompetent und transparent über ihr Umweltverhalten. Dass die Projekte die Umweltauflagen und unsere Gesetze erfüllen, darüber haben in einem Rechtsstaat nicht private Verbände, sondern vor allem die Behörden zu wachen. Was für alle anderen Bereiche gilt – Gesundheit, Energie, Schulfragen, Arbeitsrecht – muss auch für die Umwelt gelten.

Fraglicher Umweltnutzen

Das heute gültige Verbandsbeschwerderecht verhindert ökologisch sinnvolle Sanierungen: Da der Besitzstand auch bei Renovationen, Erweiterungen und Umbauten via Verbandsbeschwerderecht in Frage gestellt werden kann, haben Immobilienbesitzer oft Angst vor Beschwerden. So unterbleiben oft ökologisch sinnvolle energetische Sanierungen aus Angst, dass im Beschwerdeverfahren Parkplätze gestrichen werden. Ein weiterer Nachteil: Das Verbandsbeschwerderecht fördert die Zersiedelung der Landschaft. Kleine Einkaufszentren sind nicht beschwerdefähig. Wegen der Parkplatzrestriktionen werden darum vermehrt kleine (nicht beschwerdefähige) Zentren anstatt

eines grossen Einkaufszentrums gebaut. Das macht deutlich, dass der Umweltnutzen der Beschwerde oft fraglich ist.

Diskutieren statt prozessieren

Das Verbandsbeschwerderecht verhindert auch ökologisch sinnvolle Projekte zur Sicherung unserer Energieversorgung: Der Fall des mit Beschwerden bisher verhinderten Grimselstausee-Wasserkraftwerkes zeigt, dass oft mehr Ideologie als Ökologie hinter den Einsparungen steht. Die Rekurse wurden eingereicht, obwohl grosszügige ökologische Ersatzmassnahmen als Kompensation für einige wenige Quadratmeter überflutete Öko-Flächen angeboten worden sind. Wer behauptet, die Initiative missachte Umweltrecht, liegt darum mehr als falsch. Auch bei Annahme der Volksinitiative müssen sich Volk und Parlamente bei ihren Entscheidungen an das geltende Umweltrecht halten – und zwar auf allen Stufen. Die Volksinitiative bindet den Umweltverbänden auch keinen Maulkorb um. Aber sie müssen ihren Einfluss – wie alle anderen Interessenorganisationen auch – künftig geltend machen, bevor ein Parlament oder das Volk entschieden haben. Das Motto lautet daher, ganz in guter schweizerischer Konkordanztradition: Diskutieren statt prozessieren!

Schliessung und Verkauf der Reitschule!



ERICH J. HESS, STADTRAT UND PRÄSIDENT JUNGE SVP SCHWEIZ, BERN

Seit nunmehr 20 Jahren ist die Berner Reitschule Stein des Anstosses. Ungeachtet aller Vorfälle wird diese aber von links gepflegt und gehätschelt. Gerade die Ereignisse der letzten Monate haben gezeigt, dass die Reitschule ein Hort für linke Aktivisten, Gewalttäter und Drogendealer ge-

worden ist. Um nach Aussen hin einen positiven Eindruck zu vermitteln, wird ein einseitig alternatives Kulturangebot präsentiert. Dass die Berner Steuerzahler aber dieses Elend jährlich mit fast einer Million Franken subventionieren, zeigt, wie verfahren die Stadtberner Politik geworden ist. Der Schandfleck Reitschule ist für die Zugreisenden oft der erste negative Eindruck von Bern. Nachts ist die Gegend unsicher und gefährlich und selbst Feuerwehr-, Polizei- und Sanitätsfahrzeuge werden hemmungslos attackiert. 4 Tote, zahlreiche Verletzte, Brandanschläge, Drogenumschlagplatz, Schmierereien und Vandalismus am denkmalgeschützten Gebäude sind die Folge.

Nachdem nun der Bahnhof erneuert ist, muss auch die nordöstliche Seite, die Reithalle und die Schützen-

matte saniert und erneuert werden. Sicherheit und Sauberkeit wird von der Mehrheit der Bevölkerung mit grossem Nachdruck gefordert. Das haben Umfragen zu den nationalen Wahlen 2007 deutlich gezeigt. Sogar die SP fordert nun in ihrem neuen Sicherheitskonzept plötzlich ein Bettelverbot, härteres Vorgehen gegen gewaltbereite Personen und die konsequente Anwendung geltenden Rechts. Diese Forderung wird aber bestimmt ein Lippenbekenntnis der SP im Vorfeld der Stadt und Gemeinderatswahlen vom 30. November 2008 bleiben, denn in der Realität betreibt die SP genau eine gegenteilige Politik. Die linken Parteien sind in der Stadt Bern alleine verantwortlich für die unhaltbaren Sicherheits- und Sauberkeitsprobleme. Die bürgerlichen Parteien sind im Stadtrat und im Gemeinderat massiv untervertreten. Ich bin überzeugt, wenn die bürgerlichen Parteien es schaffen ihre Wählerschaft zu mobilisieren, ist die Übermacht der Linken zu brechen. Deshalb bitte ich Sie, liebe Leserinnen und Leser der PL-Mitteilungen, bei den Städtischen Wahlen vom 30. November 2008 ganz klar bürgerlich zu wählen, sofern Sie in der Stadt Bern wohnen und stimmberechtigt sind. Wohnen Sie nicht in Bern, dann sagen Sie es weiter und wählen Sie an Ihrem Wohnort ausschliesslich bürgerliche Parteien. Insbesondere in der Bundeshauptstadt hat sich die Stimmung in der Bevölkerung markant zugunsten von mehr Sicherheit und einer erhöhten Polizeipräsenz verändert und die SVP ist hier die



einzigste Partei, die diese Ziele wirklich mit Nachdruck verfolgt und glaubwürdig vertritt.

Es ist also höchste Zeit, dass sich in der Bundeshauptstadt etwas verändert! Deshalb habe ich mich entschlossen, die Initiative zur Schliessung und zum Verkauf der Reithalle, trotz aller Anfeindungen von Links, zu lancieren und erfolgreich zustande zu bringen. Ich glaube daran, dass die Initiative innert kürzester Zeit Erfolg haben wird, und dass das Berner Stimmvolk bald die Schliessung der Reithalle be-



schliessen kann. Den Unterschriftenbogen finden Sie übrigens unter www.prolibertate.ch, welche uns bei der Unterschriftensammlung freundlicherweise unterstützt.

Wirtschaft sagt **NEIN** zur AHV-Initiative



DINO VENEZIA,
PRÄSIDENT CENTRE PATRONAL

Die Altersvorsorge der Schweiz basiert auf dem Drei-Säulen-Prinzip: Die AHV soll den Existenzbedarf angemessen decken, die berufliche Vorsorge die Fortsetzung der gewöhnlichen Lebenshaltung ermögli-

chen, hinzu gesellt sich, sofern möglich, die Selbstvorsorge in Form individueller Ersparnisse. Wird an einer der Säulen herumgeschraubt, hat dies notgedrungen Auswirkungen auf das Gesamtgebilde.

Mit seiner AHV-Initiative schlägt der Gewerkschaftsbund ein generelles AHV-Alter von 62 Jahren vor, da – rufen wir uns das in Erinnerung – 98% der Frauen und 85% der Männer, die in der Initiative vorgeschlagenen Bedingungen für den Bezug einer ungekürzten AHV-Rente ab 62 Jahren erfüllen. Systembedingt würde dadurch in die 2. Säule einerseits 3 Jahre weniger lang einbezahlt und andererseits 3 Jahre länger Rente bezogen. Die Pensionskassen hätten keine andere Wahl, als mit Leistungskürzungen diesen

doppelten Effekt auszugleichen. Die Nachteile für die Versicherten wären offensichtlich.

Obwohl die Initiative theoretisch für eine grosse Mehrheit der Versicherten anwendbar wäre, könnten in der Realität von einem Altersrücktritt mit 62 Jahren nur diejenigen profitieren, die entweder sehr vorsichtig eine solide dritte Säule aufbauen konnten oder in den Genuss einer generösen zweiten Säule kämen. Die anderen würden es vorziehen, noch während zwei oder drei Jahren weiter zu arbeiten und den vollen Lohn zu beziehen, statt eine AHV-Rente zu erhalten, selbst wenn diese ungekürzt sein sollte. Damit verfehlt die Initiative komplett ihr Ziel und ist nichts anderes als reine Augenwischerei.

Zudem: Diese Initiative wäre teuer! Das Bundesamt für Sozialversicherungen rechnet mit jährlichen Zusatzkosten von 1,5 Milliarden Franken. Im heutigen gesellschaftlichen Umfeld ist dies nicht tragbar. Angesichts der finanziellen Schwierigkeiten der Sozialwerke sowie der ungünstigen demografischen Entwicklung, erhöhen die westlichen Länder tendenziell eher das Rentenalter. Wo heute noch ein unterschied-

liches Rücktrittsalter zwischen Männern und Frauen gilt, stehen Angleichungen an das Rentenalter der Männer an (Belgien, Österreich, Grossbritannien). Das AHV-Alter in Norwegen wurde auf 67 Jahre angehoben. Deutschland und die USA leiteten Reformen ein, die zum Ziel haben, mittelfristig das Rentenalter auf 67 Jahre anheben zu wollen. Selbst Frankreich, welches eines der tiefsten Rücktrittsalter kennt,

spricht über strengere Anforderungen und eine Erhöhung der Beitragsjahre, um eine volle Rente beziehen zu können. In Berücksichtigung der Entwicklung in den obgenannten Staaten liegt die Initiative des SGB, welche vorsieht, das Rentenalter auf 62 Jahre festzulegen, quer in der politischen Landschaft. Sie ist eine echte Gefahr für die Konsolidierung und Finanzierung unseres Sozialversicherungssystems.

Landesverteidigung konkret:

Die Herbstexkursion von PRO LIBERTATE



Minenräumung und schliesslich Environmental Testing (Prüfungen der elektromagnetischen Verträglichkeit an Geräten und Systemen der industriellen Elektronik).

Nach dem Referat von Benoît Macherel folgte eine Besichtigung des Betriebes. Unter der Leitung von Jürg Reimann erhielten die Anwesenden Einblick in den Arbeitsalltag des Rüstungsunternehmens. Nach der Besichtigung stand das Mittagessen auf dem Motorschiff Spiez auf dem Programm. Es war die zweitletzte Fahrt des Schiffes. Jedoch existieren Pläne, das MS Spiez noch länger in Betrieb zu halten. In gemütlicher Atmosphäre

Am 19. September fand die traditionelle Herbstexkursion von PRO LIBERTATE statt. Mit dem Car wurden die rund 60 Teilnehmer vom Beisammlungsort Thun zum Schweizer Rüstungsbetrieb RUAG Land Systems AG gefahren. Dort wurden sie von Benoît Macherel, dem CEO Stellvertreter der RUAG Land Systems AG, begrüsst. Ausführlich und kompetent brachte er in einem Referat den Anwesenden die Bedeutung des Rüstungsbetriebes näher. Die RUAG Land Systems AG ist Teil der RUAG Holding AG. Die Unternehmen sind privatrechtlich organisiert, der Aktienbesitz liegt jedoch zu 100% in den Händen des Bundes.

Neben dem inländischen Geschäft ist auch der Export zu einem festen Standbein im Geschäft der RUAG Land Systems AG geworden. Sie entwickelt und produziert Waffensysteme, einschliesslich der dazu



notwendigen Logistik. Der Betrieb hat eine breite Produktpalette anzubieten: Modulare Kampfverteigerung für die Panzerhaubitze M109; Werterhaltungsprogramm für den Kampfpanzer Leopard 2; Dachschutz für gepanzerte Fahrzeuge; kundenspezifische Aufbauten auf Fahrzeuge aller Variationen sowie diverse Aufbaumöglichkeiten (z.B. Gittergerüste, Funkanlagen etc.); Tätigkeiten im Bereich der

konnten sich die Anwesenden besser kennen lernen, zusammen diskutieren oder auf dem Deck die wunderschöne Landschaft geniessen.

An dieser Stelle danken wir allen Teilnehmern herzlich für ihr Interesse und freuen uns auf ein Wiedersehen bei der nächsten PRO LIBERTATE-Exkursion.

Patrick Freudiger

Totengräber der Demokratie stoppen: **NEIN** am 8. Februar 2009!



LUKAS REIMANN, NATIONALRAT, WIL SG
www.lukas-reimann.ch

Mit der Verknüpfung der beiden Vorlagen zur Personenfreizügigkeit, nämlich der Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den bisherigen 25 EU-Staaten einerseits und der Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien andererseits, wird ein langjähriges Versprechen gebrochen. Die Befürworter der Personenfreizügigkeit hatten bisher stets betont, dass über alle Erweiterungen auf neue EU-Mitgliedstaaten jeweils abgestimmt werden könne:

«Es gibt keinen Automatismus in der Personenfreizügigkeit.»

aBR Joseph Deiss, 20.08.2005

«Falls die EU weitere Länder aufnimmt [...] kann in der Schweiz erneut darüber abgestimmt werden, ob das Abkommen auf diese Länder ausgedehnt werden soll.»

BR Micheline Calmy-Rey, 08.09.2005

Dass nun ein solcher Erweiterungsschritt zufälligerweise gleichzeitig mit der Abstimmung zur generellen Weiterführung der Personenfreizügigkeit auf der Traktandenliste steht, ändert an dieser Ausgangslage nichts. Die Zusammenlegung der Vorlagen umgeht die direkte Demokratie und führt dazu, dass einmal mehr bedingungslos auf Forderungen der EU eingegangen wird. Das ist unhaltbar und zeigt die Angst der Befürworter vor dem Volk – nur deshalb versucht man doch die Stimmbürger mit einem solch undemokratischen Vorgehen zu täuschen! Die Folgen einer Annahme dieser undemokratischen Paketlösung wären fatal. Denn wenn diese Verknüpfung nun akzeptiert würde, so würden die EU-Turbos auch bei den weiteren EU-Erweiterungen (Ukraine, Balkan, Türkei) auf diese Alles-oder-nichts-Karte setzen. Wer diesen demokratiefeindlichen Machenschaften eine Ende setzen will, muss zwingend Nein

stimmen am 8. Februar 2009. Danach wird es zu spät sein und eine unbegrenzte Einwanderung aus dem Balkan und der Türkei werden folgen. Dass eine unkontrollierte Ost-Zuwanderung nicht im Interesse der Schweiz liegt, ist offensichtlich. Einzelne Verbandsfunktionäre werden zwar mit Millionen versuchen, ein Ja zu kaufen und mit EU-Erpressung drohen. Und natürlich profitieren einige Wenige, wenn sie Ausländer zu Tiefstlöhnen einstellen können. Die negativen Folgen und die gewaltigen volkswirtschaftlichen Kosten wälzen sie aber auf alle Schweizerinnen und Schweizer ab: Höhere Arbeitslosigkeit, steigende Armut, Lohndruck, höhere Wohnkosten, höhere Steuern und eine weitere EU-Annäherung. Auch mit einem Anstieg der Kriminalität ist zu rechnen, denn gerade Rumänien und Bulgarien sind für Mafiastrukturen und Bandenkriminalität europaweit bekannt. Der Sozialmissbrauch steigt, weil alle Eingewanderten schon nach kurzer Zeit Anrecht auf volle Sozialleistungen haben. Zum Beispiel das Schweizer Arbeitslosengeld übersteigt den bulgarischen oder rumänischen Durchschnittslohn um ein Vielfaches. Das wird eine lukrative Magnetwirkung auf viele Einwanderer auslösen. Und als ob das nicht alles schon genug wäre, müsste die Schweiz im Falle einer Annahme neue Kohäsionszahlungen von 257 Millionen Steuerfranken an Rumänien und Bulgarien leisten. Das

ist absurd! Sogar die EU selbst hat die meisten Zahlungen an Bulgarien wegen horrender Korruption eingefroren. Angesichts des schwankenden Arbeitsmarktes und der drohenden Rezession muss die Schweiz jetzt einem wahrscheinlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit vorbeugen. Dies ist mit der EU-Personenfreizügigkeit nicht möglich. Unkontrollierte Einwanderung ist der stärkste Treiber von mehr Arbeitslosigkeit und horrenden Sozialkosten. Auch klassische Einwanderungsländer der ganzen Welt würden niemals eine unkontrollierte Einwanderung zulassen, weil sie damit einen entscheidenden Wohlstandhebel und Kontrollmechanismus aus der Hand gäben. Die Schweiz kann als wohlhabendes und innovatives Land immer genügend Fachkräfte und Arbeitskräfte generieren. In wirtschaftlich schlechten Zeiten muss sie die Einwanderung aber auch bremsen können. Dies ist beim EU-Personenverkehr nicht mehr möglich. Die Alternative ist eine eigenständige, unabhängige Ausländerpolitik, die flexibel und dem Markt entsprechend reagieren kann. Das EU-Modell ist starr und einseitig. Die Schweiz ist frei, mit allen Staaten, bei welchen freier Personenverkehr im gegenseitigen Interesse liegt, Verträge abzuschliessen. EU-Personenfreizügigkeit bedeutet aber, dass alle kommen, bleiben und profitieren können. Das dürfen wir nicht zulassen!

LIVE-BERICHT

aus der Rekrutenschule



LUKAS LANZREIN,
GWATT (BE)

Ab jetzt lesen Sie in jeder PRO LIBERTATE-Mitteilung einen Kurzbericht aus der Rekrutenschule. Lukas Lanzrein ist Vorstandsmitglied der Jungen SVP Kanton Bern und Vizepräsident in einem Anti-Jugendgewaltverein. Nach bestandener Maturprüfung gründete er zusammen mit drei anderen Jungen ein eigenes Unternehmen in welchem er in der Geschäftsleitung tätig ist. Lukas Lanzrein ist zudem Redaktionsmitglied der Zeitung BERNAKTUELL. Redaktion und Vorstand von PRO LIBERTATE sind gespannt auf seine ganz persönlichen Eindrücke aus einer heutigen Rekrutenschule und wünschen ihm einen lehrreichen Einsatz in der Schweizer Armee.

Auch für mich ist es am 27. Oktober 2008 soweit; ich werde in die Rekrutenschule einrücken müssen. Als Nachrichtensoldat werde ich in den kommenden Wochen in der

Kaserne in Jassbach (BE) meine militärische Ausbildung beginnen. Neugierig und interessiert schaue ich diesem Zeitpunkt entgegen. Gerade während meiner früheren

Ausbildung, ich habe diesen Sommer das Gymnasium abgeschlossen, wurde ich immer wieder mit armeekritischen Positionen konfrontiert. Die RS wurde von vielen Gymnasiasten als lästig und überflüssig angeschaut, viele drückten sich vor dem Dienst oder wechselten

in den «Zivi». Dies hängt natürlich auch mit der allgemein eher linksgrünen Gesinnung, welche an den Gymnasien vorherrscht, zusammen. Es ist klar, die RS ist ein Dienst am Vaterland und bedingt persönliche Abstriche. Ich persönlich musste meinen Studiumsanfang um genau

ein Jahr nach hinten verschieben. Dennoch teile ich diese negative Einstellung gegenüber der Rekrutenschule nicht. Ich strotze aber auch nicht gerade vor Freude, wenn ich daran denke, die nächste Zeit in der Armee zu verbringen. Grundsätzlich will ich mich überraschen lassen und zuerst einmal einen Eindruck davon erhalten, wie das Ganze aussieht. Auch aufgrund der aktuellen politischen Debatte über die Armee bzw. deren politischer und militärischer Führung interessiert es mich natürlich, den Betrieb einmal hautnah zu erleben. Als Jungpolitiker habe ich die ganze Armeediskussion aufmerksam verfolgt, nun bietet mir die RS die Möglichkeit, meine eigenen Erfahrungen zu machen. Alles weitere lasse ich auf mich zukommen und es freut mich, Ihnen an dieser Stelle über meine persönlichen Erfahrungen während meiner Rekrutenschule berichten zu können.

8 PRO LIBERTATE- Schlusspunkt

Interessantes ereignet sich derzeit im Bundeshaus. Einer der Magistraten weilt nach erfolgtem Eingriff zur Kur, währenddem die verbleibenden sechs sich diese vermutlich sehnlichst herbeiwünschen. Aus Sicht des externen Betrachters scheint die Gemächlichkeit zur Zeit nicht in Bundesbern zu weilen: Finanzkrise, das erfolgreich eingereichte Referendum gegen die Erweiterung der Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien, Armeeskandälchen und eine Truppe ohne Vorsteher, ausserpolitische Experimente welche als «aktive Neutralitätspolitik» vermittelt werden... und noch so einiges mehr. Diese Häufung von unangenehmen «Ereignissen» verlangt nach einer starken und geschlossenen Führung – davon ist jedoch gegenwärtig nichts zu verspüren. Dass Fehler gemacht wurden und werden ist offensichtlich und klar. Dass jedoch alle Vertreter im Bundesrat diese

wie heisse Kartoffeln weiterzureichen versuchen und sich keines einzigen (eigenen) Fehlers bewusst sein wollen ist verantwortungslos und gefährlich! Mit dem Zeigefinger auf Andere zeigen, wie dies gegenwärtig mit dem nahe dem Staatsbankrott stehenden Island geschieht hilft nicht über eigene Versäumnisse hinwegzutäuschen. In Island hat sich der konservative Premierminister Geir Haarde öffentlich zu seinen Fehlern bekannt und Versäumnisse seiner Regierung eingeräumt. Vielleicht könnte das gegenwärtig kaum vorhandene Vertrauen der Schweizer Bevölkerung durch eine kritische und in der Öffentlichkeit geführte Selbstanalyse der Bundesräte zurückgewonnen werden. Bleiben wir jedoch zuerst einmal am Boden der Realität und hoffen auf neue und (selbst-)kritische Kräfte im Bundeshaus – die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt.

Impressum

Redaktion: Thomas Fuchs, Max Gerber

Geschäftsstelle:

Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE,
Postfach 587, 3052 Zollikofen
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85
Internet: www.prolibertate.ch
E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC 30-26847-0

Vorstand

Thomas Fuchs (Präsident), 3018 Bern-Bümpliz
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 6
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen
Jürg Stauffer (Sekretär), 3063 Ittigen
Patrick Freudiger, 4900 Langenthal

Redaktionsschluss dieser Nummer: 15.10.2008

Die Bestrebungen von

PRO LIBERTATE

für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- Ich bin an weiteren Informationen interessiert

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen

7.08

Sie können Spenden
an PRO LIBERTATE
auch in  tätigen

Schweizerische Vereinigung
PRO LIBERTATE,
Postfach 587, 3052 Zollikofen.

Herzlichen Dank
für Ihre Unterstützung.

Schon
vorbeigesurft?

www.prolibertate.ch